

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Hauptzolamts und des Bezirkskollektors zu Bautzen sowie des Finanzamts und des Stadtrats zu Bischofswerda und der Gemeindebehörden bestmöglicherweise bestimmte Blatt



Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt - Heimatkundliche Beilage - Frau und Heim - Landwirtschaftliche Beilage. - Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. - Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandskassette Bischofswerda Konto Nr. 64

Abonnementspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus. Halbjährlich 1,20 M. beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 2 Pf. (Sonntagsnummer 10 Pf. (Sonntagsnummer 15 Pf.))

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 644 und 645. Im Falle von Betriebsstörungen oder Unterbrechung der Beförderungsrichtungen durch höhere Gewalt hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 40 mm breite einpaltige Zeile 5 Pf. Im Letztteil die 90 mm breite Zeile 25 Pf. Nachtrag nach den gesetzlich vorgeschriebenen Sätzen. Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. - Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 255

Freitag, den 1. November 1935

90. Jahrgang

Tageschau.

Reichsminister Dr. Frick sprach bei einem Generalsappell der Berliner Gemeindeführer über die Pflichten des deutschen Beamten. Er kündigte ein neues Beamtengesetz an, in dem man keinen Unterschied mehr zwischen den Beamten der Länder, des Reiches und der Gemeinden finde.

Am Vorabend der diplomatischen Besprechungen in Genf bewogt sich die Pariser Presse fast völlig über Inhalt und Möglichkeiten der Verhandlungen aus.

In Paris scheint man keine Hoffnung mehr auf eine schnelle Beilegung des abessinischen Streitfalles zu haben. Diese Stimmung kommt auch in Betrachtungen des „Ordre“ und der „Republique“ zum Ausdruck.

In Rom veranstaltete die studentische Jugend am Donnerstagabend und -morgens englischfeindliche Kundgebungen. Mehrere Läden mit englischen Erzeugnissen mußten schließen.

Die Zahl der Notverordnungen in Frankreich ist auf über 400 gestiegen. Das amtliche Geschäftsblatt wies die Verordnungen am Samstagabend veröffentlicht.

Auf den chinesischen Ministerpräsidenten Wang Jinggang wurde heute Freitag vorläufig ein Resolutionsbescheid erteilt. Der Minister soll seinen Verletzungen erliegen. Der Leiter, ein japanischer Presseberichterstatter, soll die Tat aus Erbitterung über die japanfreundliche Politik des Ministerpräsidenten verübt haben.

Wieder das japanische Explosionsunglück, das sich am 20. Oktober in der japanischen Provinz Kanju ereignete, wird nun genauer untersucht. Die japanische Regierung hat eine Untersuchungskommission ernannt, die die Ursachen der Katastrophe untersuchen soll.

*) Unvollständiges an anderer Stelle.

Erst Deutscher — dann Beamter! Eine Rede Dr. Fricks.

Berlin, 31. Oktober. „Erst Deutscher — dann Beamter“ — unter diesem Leitwort steht die Arbeit des Beamten im neuen Deutschland. Das wurde treffend bewiesen durch den überaus eindrucksvoll verlaufenen Generalsappell der Berliner Gemeindeführer im Sportpalast, bei dem Reichsminister des Innern Dr. Frick in einer großen Rede über die Pflichten des deutschen Beamten und über die Gesetzgebung des Dritten Reiches sprach.

Reichsminister Dr. Frick

erklärte einleitend, er nehme gern die Gelegenheit wahr, um der gesamten deutschen Beamtenschaft seine Anerkennung und seinen Dank für ihre treue Mitarbeit am Aufbauwerk Adolf Hitlers in den letzten 2 1/2 Jahren auszusprechen. Ohne die treue Mitarbeit der deutschen Beamtenschaft hätte dieses gewaltige Werk in der kurzen Zeit nie vollbracht werden können. Der Reichsminister warnte sodann davor, die Vorwürfe der Bürokratie zu verallgemeinern. Es sei im Verlauf der nationalsozialistischen Revolution nicht immer leicht gewesen, den Schwung der jungen Bewegung mit dem Gang der Verwaltung in Einklang zu bringen. Aber das sei nicht wesentlich ins Gewicht gefallen.

Der Minister fand äußerst treffende und von den Beamten mit großer Begeisterung aufgenommene Formulierungen über die Pflichten der deutschen Beamten: „Je mehr der deutsche Beamte sich seinem Volk verbunden fühlt und je mehr er vom nationalsozialistischen Geist erfüllt ist, desto mehr werden die Vorwürfe der Bürokratie verschwinden.“

Der Beamte muß volkverbunden sein, und er darf sich nicht abschließen. Er muß der Freund und Berater jedes Volksgenossen sein, der sich an ihn hilfesuchend wendet. Gerade die Beamten von der Gemeindevverwaltung sind dazu als erste berufen, die unmittelbare Fühlung mit dem Volke zu halten.“

Unter starkem Beifall kündete der Reichsminister nun an, daß in Zukunft alle höheren Beamten eine gewisse Zeit in den öffentlichen Diensten gearbeitet haben müssen, damit sie die unmittelbare Fühlungnahme mit dem Volk haben. Als segensreiches Beispiel führte er seine eigene, mehr als zehnjährige Tätigkeit als Beamter in einem bayerischen Landratsamt an, die er nie bereut habe.

Der Reichsminister wandte sich dann besonders der Frage der Gemeindeverwaltung zu und sprach über die Bedeutung der neuen deutschen Gemeindeordnung, die alle schöpferischen Kräfte der Bevölkerung an die Gemeindeverwaltung heranzuführen. Unter stürmischer Zustimmung der Beamten gedachte der Reichsminister weiter der

Verdienste der alten Vorkämpfer Sprenger und Keel, unter deren Führung alle früheren gewerkschaftlichen Beamtenverbände im neuen Reichsbund der deutschen Beam-

ten zusammengefaßt worden seien. Es gebe für den deutschen Beamten etwas Höheres als Streit um Gehaltsgruppen und Lohn, er wisse heute, daß er als besonderer Verantwortungsmann des Führers am großen Wiederaufbauwerk mitarbeiten dürfe.

Nun stehe man vor den großen Aufgaben eines neuen Beamtengesetzes, das im Entwurf bereits fertig sei.

In diesem neuen Beamtengesetz könne man keinen Unterschied mehr zwischen den Beamten der Länder, des Reiches und der Gemeinden

(stürmischer, anhaltender Beifall), denn für das einheitliche Reich solle es nur noch ein Beamtengesetz geben. — Die lebhafteste Zustimmung der Versammlung fand der Minister, als er betonte, daß die Beamten sich nicht durch ihre eigenen

kleinen Sorgen den Blick für das große Ganze trüben lassen dürften.

Der Abschluß der deutsch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen.

DRB. Budapest, 31. Okt. Zu dem heutigen Abschluß der deutsch-ungarischen Handelsvertragsverhandlungen wird amtlich folgendes mitgeteilt:

Die ungarisch-deutschen Regierungsausschüsse haben, wie feinerzeit vorgesehen, vom 22. bis 31. Oktober laufenden Jahres in Budapest getagt. Sie haben aus diesem Anlaß die bisherigen Vereinbarungen über den gegenseitigen Warenverkehr durch eine Reihe neuer Bestimmungen ergänzt.

Vor den diplomatischen Besprechungen in Genf.

Die Pariser Presse hält sich in Schweigen.

DRB. Paris, 1. November. (Eig. Funkmeld.) Am Vorabend der diplomatischen Besprechungen in Genf schweigt sich die Pariser Presse fast völlig über den Inhalt und die Möglichkeiten der Verhandlungen aus. Die vor einigen Tagen in Erscheinung getretene Hoffnungslosigkeit scheint sich verstärken zu haben, nachdem bekannt geworden ist, daß die überbelebte Einigungsformel der französischen und englischen Sachverständigen als der Inhalt der italienischen Vorschläge empfunden hat, die nicht die günstigste Aussicht haben, von England angenommen zu werden. Auch der Beschluß der englischen Regierung, ihre Flottenstreitkräfte im Mittelmeer trotz der Zurückziehung einer italienischen Division aus Ägypten nicht zu vermindern, trägt nicht dazu bei, eine Lösung des Streitfalles als bevorstehend anzusehen.

Die letzte Hoffnung auf schnelle Beilegung des Abessinienstreites im Schwanden.

DRB. Paris, 1. November. (Eig. Funkmeld.) Daß man in Paris keine Hoffnung mehr auf eine schnelle Beilegung des abessinischen Streitfalles zu haben scheint, kommt auch in Betrachtungen des „Ordre“ und der „Republique“ zum Ausdruck.

„L'Ordre“ schreibt, nachdem die Spannung in Europa geschwunden sei, gelte es, sich in Geduld zu fassen. Die Ostafrika-Frage könne erst geregelt werden, wenn eine neue Stufe in der Entwicklung erreicht sei, nämlich erst dann, wenn London und Rom von dem Wunsch nach Verständigung durchdrungen seien.

„Republique“ erklärt, man würde sich seitens Trugschlüssen hingeben, wenn man annehme, daß die italienisch-französisch-englischen Verhandlungen zu einer schnellen Lösung des Streitfalles führen könnten. Man müsse sich vor übertriebenem Optimismus hüten. Es sei nicht einmal sicher, ob man in Genf zu einer Annäherung der französischen und der englischen Auffassung kommen werde. Noch unbestimmter sei, ob Italien in kurzer Zeit einer solchen Annäherung sich zugesellen werde.

„Technische Schwierigkeiten“ in der französisch-englischen Zusammenarbeit.

DRB. Paris, 1. November. (Eig. Funkmeld.) Der Londoner Berichterstatter des „Echo de Paris“ beschäftigt sich mit der Unterbrechung der Verhandlungen der französischen und englischen Flottenfachverständigen über einen etwaigen sofortigen gegenseitigen Beistand im Mittelmeer. Der Berichterstatter ist erstaunt darüber, daß die englische Regierung weiter darauf bestehe, eine Verstärkung der Vorrichtungsmaßnahmen zu fordern, zumal die englische Admiralität gehandelt habe, ohne sich vorher mit dem Völkerbund zu beraten. Die englische Regierung wünsche, daß im Falle eines italienischen Angriffes der englische Flotte nicht nur durch die französischen Flottenstützpunkte, sondern auch durch die französischen Kriegsschiffe Unterstützung zu teil werde. Diese theoretische Forderung bringe nach englischer Auffassung mit sich, daß Frankreich unverzüglich alle vorbereitenden Einzelmaßnahmen treffe, um notfalls den geforderten Beistand ohne Zeitverlust wirksam werden zu lassen. In Londoner Flotten- und Militärkreisen sei man der Ansicht, daß, um einer derartigen Forderung gerecht zu werden, Frankreich gewisse Maßnahmen ins Auge fassen

müsse, die nach Ansicht des Korrespondenten schwerlich mit dem zu vereinbaren sind, was in Friedenszeiten zulässig sei. Daher brauche man nicht überrascht zu sein, daß die Fortsetzung der Verhandlungen über die technischen Einzelheiten habe vertagt werden müssen, wenn auch Frankreich die Beilandsverpflichtung grundsätzlich angenommen habe. Die französischen Sachverständigen würden am Freitag nach Paris zurückkehren.

Englandfeindliche Kundgebungen in Rom.

DRB. Rom, 31. Oktober. Ein Demonstrationsszug von mehreren hundert Studenten ist am Donnerstagnachmittag mit Plakaten gegen Eden durch das Stadinnere Roms gezogen. Die an dem belebten Haupttorso gelegene „Jubische Apotheke Roberts“ mußte wegen der drohenden Haltung der Demonstranten die Läden schließen. Einige Heißsporne haben von dem über dem Schaufenster angebrachten Firmenschild die ausgehefteten Buchstaben heruntergerissen. Eigentlich Schaden ist nicht entstanden. Die Polizei griff rechtzeitig ein und konnte die Demonstranten zum Abziehen bewegen.

In den Abendstunden kam es erneut zu englandfeindlichen Kundgebungen. Bei Umzügen studentischer Jugend durch die Straßen wurde nach englischen Erzeugnissen und Inschriften gefahndet. Die Studenten hatten es besonders auf ein in der Hauptstraße Roms gelegenes Caféhaus abgesehen, in dem englische Backwaren und Getränke erhältlich sind. Als die Studenten in das Geschäft eindringen wollten, wurden sämtliche Whistylaschen und auch französische Liköre schnellstens entfernt. Die Studenten rissen Anschläge außerhalb des Ladens, auf denen „Icecream“ stand, ab und verlangten stürmisch, daß sämtliche englische Waren aus den Fensterauslagen entfernt würden. Es kam zu kleinen Reibereien zwischen dem Geschäftspersonal und der immer stürmischer werdenden Jugend. Schließlich wurde jedoch dem Wunsch der Studenten nachgegeben, die darauf befreit abjogen.

Mussolini ruft zum Kampf gegen die Sühnemaßnahmen auf.

Rom, 31. Oktober. Unter großer Feierlichkeit wurde am Donnerstag in Anwesenheit Mussolinis die Universitätsstadt Roms ihrer Bestimmung übergeben. Die Anlage, die vor genau drei Jahren begonnen wurde, erstreckt sich auf eine Fläche von 215 000 Quadratmeter und umfaßt insgesamt 700 000 Kubikmeter Gebäude. In verschiedenen Häusern, die überall mit modernsten Hör- und Versuchsausrüstungen ausgestattet sind, sind die einzelnen Fakultäten untergebracht.

In der Aula der Universität hatte sich eine große Zahl von geladenen Gästen versammelt, vor allem Universitätsprofessoren aus allen Teilen des Landes und Abordnungen aus anderen Ländern. Deutschland war ebenfalls durch eine Abordnung, geführt durch Professor Pietrucci, Bonn, Professor Eugen Fischer, Berlin, und die Professoren Winiß und Rein, vertreten.

Um 10 Uhr betrat Mussolini, gefolgt von zahlreichen Ministern, Staatssekretären und Universitätsprofessoren, die Aula und nahm in der Mitte des erhöhten Rednerpultes Platz. Der Rektor der Universität, Francisci, hielt die Eröffnungsansprache. Der Erziehungsminister de Vecchi, einer der vier Quadrumviren, wies in seiner Rede auf die überragende Rolle hin, die Italien in den vergangenen 30 Jahrhunderten seiner Kultur gespielt habe,